

Systemfehler

Die Situation, in welcher wir uns derzeit befinden, fordert Fragen heraus, die oberflächlich gesehen vielleicht einen Unterhaltungswert für das Kabarett wären, aber wenn wir dabei tiefer gehen, dann ergeben sich hier völlig neue Denkansätze, die eine existenzielle Bedeutung haben. Dabei brauchen wir nur die Bezeichnungen und Begriffe hernehmen und nach deren wörtlicher Bedeutung, nach dem ursprünglichen Sinn zu fragen. Gerade die sogenannten konservativen Parteien, die sich allzu gerne als christlich bezeichnen, stellen von sich aus die Frage, wie christlich sind sie wirklich? Oder schon der Name Volkspartei sagt doch aus, daß hier kein Standpunkt vorhanden ist, denn wenn ein Volk in einer Partei ist, dann kann es entweder nicht ein ganzes Volk sein oder kein Teil eines Volkes. Wer folgt, davon kommt schließlich der Begriff Volk her, schon einer Einheitspartei in einer Demokratie? Denn eine Einheitspartei hat diametral zur Demokratie ihren Platz. Demokratie sollte immer eine Vielfalt sein, jedoch kann sie niemals eine Einfalt bedeuten. So ist entweder ein Volk oder ein Teil, also Partei zutreffend, Beides zusammen jedoch schließt sich schon durch die Begrifflichkeit aus. Genauso stellt sich die Frage bei der Sozialdemokratie. Wie sozial ist denn die Demokratie und wie demokratisch ist eine solche Partei? Das führt weiter zur Frage, wie liberal sind eigentlich die Liberalen wirklich? Und was hat eine Freiheitliche Partei mit der Freiheit noch gemeinsam? Selbst die Grünen sind nur noch in der Bezeichnung grün, weil der Schutz der Umwelt nur noch ein Nebenprodukt ist und eigentlich nichts mehr mit den Grünen gemein hat. So sind nur noch die bekennenden Nationalisten und die Linken das, was sie vorgeben zu sein. Alles in Allem nur noch ein Armuts- und Elendszeugnis für die Demokratie und deren Parteien und Politiker.

Schon im Alten Testament wurden die Israeliten gewarnt vor den falschen Propheten und den Irrlichtern. Daß die Menschen seit ihrem Anbeginn ihrer Existenz nichts lernen, wissen wir doch und haben es ständig bewiesen. Doch es ist anscheinend ein Wesenszug der Menschen, nicht nur aus Dummheit nichts zu lernen, sondern es hat durchaus System. Dabei sind es hier nicht die einzelnen Menschen, die nichts lernen wollen, sondern Interessen, die die Menschen nichts lernen lassen, weil die Beeinflussung der Menschen für Interessen und Zwecke wichtiger genommen werden, als die Wahrheit. Sicher trifft hier zu, was die Wahrheit ist, bestim-

men die Machthaber, aber wenn selbst die Machthaber mit den falschen Informationen oder Informationen so dargestellt werden, daß sie unwillkürlich in die falsche Richtung denken, dann bleibt immer die Frage übrig, wem nützt es? Daraus ergibt sich jedoch ein System, welches nur nach dem Nutzen geht, also die Akzeptanz der Menschen nur dann gegeben ist, wenn das Individuum für ein anderes Individuum einen Nutzen bringt. Solange dies geschieht, wird man akzeptiert. Wehe der Nutzen ist nicht mehr vorhanden, dann gibt es auch keine Akzeptanz mehr und das Individuum wird nur noch zu einem Faktor für Interessen.

Nun gut, es war immer so, ist so und wird auch immer so bleiben, daß die Menschen sich nur und ausschließlich nach dem Nutzen für sich selbst entsprechend Hochachtung und Respekt Anderen gegenüber erweisen und zeigen. Ob der Sinn einer politischen Partei darin bestehen kann, diesen Nutzgedanken zu fördern und für sich wahrzunehmen, bleibt eine sehr fragwürdige Sache. Denn der Schritt zur kriminellen Organisation ist unmerklich und allzu leicht erfolgt. Sicher wird nach außen Alles getan, daß dieser Eindruck nie entsteht, aber zum Glück der Allgemeinheit kann dieser falsche Schein nicht absolut erhalten werden und so kommt immer wieder durch, was sich die Parteien und deren Politiker erlauben. Hier die Beispiele aufzulisten würde schon deswegen zu Nichts führen, weil sich die Liste nie beenden ließe, solange es Politiker und Parteien gibt. Sicher ist nur, wenn Etwas bekannt wird, dann wird sich natürlich entsprechend heftig entrüstet und die Person geopfert, die durch Bekanntwerden eines Fehlverhaltens die Partei anschlägt. Würde es gut gehen, dann hätte die gesamte Partei einen Nutzen und niemand würde ein Wort verlieren.

Bei Allem, was in unseren Ländern falsch läuft, das Wissen darum ist gegeben, wird maximal die Oberfläche bereinigt und korrigiert, aber die Ursachen in keinem Fall beseitigt oder geändert, damit sich die Fehlentwicklungen nicht weiter ausbreiten. Hier die Gründe dafür aufzuzählen ist unmöglich, weil sich diese Gründe als ebenso vielfältig erweisen, wie die Menschen. Vielleicht könnte in einigen verschiedenen Richtungen diese Gründe zusammengefaßt werden. Da wäre an erster Stelle absolut die Machterhaltung der Interessen aller Art jener Bereich, der die Systemfehler zum Dogma machen, aber auch die falschen Auslegungen diverser Begriffe, welche als Gründe angeführt werden, damit sich Nichts ändert. So wird unter Tradition oder es war immer schon so, wie auch aus der Angst vor Veränderungen keine Veränderungen zugelassen. Das Unbekannte, das Risiko, die Entscheidung und die Verantwor-

tung sind genauso Gründe, warum Nichts gemacht wird, daß die Fehler beseitigt oder korrigiert werden.

Daher bleibt es eigentlich unverständlich und trotzdem nachvollziehbar, daß die offensichtlichen Fehler und Fehlentwicklungen nicht beseitigt werden und keine Korrektur vollzogen wird. Die Einen wollen dadurch ihre eigene Macht erhalten, die Anderen aber wollen scheinbar nichts Neues, nichts Besseres. Gut, wenn das so ist, warum jammern und klagen dann diejenigen, die erst die Einen wählen und dann sich beschweren, wenn sie für ihre eigene Dummheit bezahlen müssen? So würde es schon ausreichend sein, sich einmal Gedanken darüber zu machen, wie es sein könnte, wenn wir ein völlig neues System errichten würden. Niemand sagt, daß deswegen sofort ein neues System errichtet werden muß, denn wir müssen erst einmal wissen, was wir selbst wirklich wollen. Damit beginnen ja die Systemfehler, weil wir geschehen lassen, ohne die Konsequenzen zu bedenken.

Betrachten wir nur die Aussagen der Politiker, die Vorstellungen, was wer wie will, dann sehen wir schon, daß die Aussagen zwar in die richtige Richtung zeigen, aber der Weg jedoch in die andere Richtung führt. Föderalismus wird die Zukunft sein, wenn wir eine Zukunft haben wollen, oder wir werden in einem Zentralismus ersticken, über den wir uns noch vor Jahren und Jahrzehnten bei anderen Ländern mokiert haben. Wir erlauben uns zwar eine Kritik und Beurteilung der Sowjetunion, als schlechtes System, wir lästern über die Planwirtschaft der DDR und so weiter, aber selbst sind wir nicht in der Lage einen echten funktionierenden Föderalismus zu errichten. Denn diejenigen, die es im Auftrag und Sinn der Wähler machen sollten, wollen nicht, weil sie sonst weniger Macht haben werden würden. Oder gäbe es eine andere Erklärung dafür?

Sicher, das gebe ich gerne zu, sind viele Bereiche im Detail besser in einem Zentralismus aufgehoben, weil so die Arbeit der staatlichen Organe wesentlich besser arbeiten können und vor allem schneller und effizienter. Ob Führerscheinstelle, Waffenpaß oder Reisepaß, es sind dies Details, die sicherlich deswegen den Föderalismus in keiner Weise behindern oder einschränken wird. Es ist nur die Definition, was vor Ort und was Bundessache ist und da die Meisten sowieso mit glänzenden Augen in die USA schauen, weil dort angeblich die große Freiheit

herrscht, sollten diese Irrgeleiteten auch darauf achten, wie es dort funktioniert. Da muß sogar ich zugeben, von den Strukturen her können wir durchaus noch Viel abschauen. Wir müssen und dürfen jedoch nicht Kopien davon machen, sondern die Grundprinzipien an unsere Verhältnisse anpaßen, adaptieren.

Trotzdem wäre es zuerst die Aufgabe, daß wir in Europa uns umsehen und aus allen Ländern die besten Systeme nehmen. So würde Finnland für die gesamte Bildungspolitik das Maß der Dinge sein, die Schweiz für das Finanzsystem und so weiter. Denn jedes Land hat Etwas, was auch für uns bestens geeignet wäre. Daher kann es immer nur um Systeme gehen. Diese müssen, wenn Europa auf ein stabiles Fundament gestellt werden soll, kompatibel sein. Das heißt wieder, daß die Systeme angeglichen werden, jedoch jedes Land diese Systeme nach deren Bedürfnissen füllen können. Besonders beim Steuersystem und Sozialsystem geht es darum, daß es in allen Ländern gleich funktioniert, aber die Länder selbstverständlich das uneingeschränkte Recht behalten, die Sätze nach ihren Vorstellungen festzulegen.

Gerade beim Sozialsystem wäre es deswegen angebracht auf einen Nenner zu kommen, damit sich die Menschen frei bewegen, dort arbeiten und verdienen können, wo sie Arbeit bekommen und es ihnen zusagt. Doch wenn sie während des Arbeitslebens die Stelle und das Land wechseln, dann müssen die einbezahlten Beiträge mitgenommen werden können. Gleichgültig, wo sie dann die Leistungen beanspruchen, ob sie es müssen durch Krankheit oder durch Unfälle oder weil sie in Pension gehen, diese einbezahlten Beiträge sind individuelle Leistungen der Menschen und stehen ihnen in vollem Umfang zu. Im Gegensatz dazu sind Steuern allgemeine Abgaben für öffentliche Aufgaben.

Deshalb ist es auch geboten, daß die Steuerhoheit an die Gemeinden übergeht, weil dort, wo das Geldverdient wird, auch die Verteilung zu erfolgen hat. Die Steuern sind von unten nach oben zu verteilen und nicht umgekehrt von oben nach unten. Damit verbunden darf es nur noch zwei Steuersätze geben, 10% und 20%, sowie eine Flat Tax. Das heißt, das Verhältnis ist Ausschlag gebend und nicht die Höhe des zu besteuerten Betrages. Nur so kann es auch zu einer Steuergerechtigkeit kommen. Dazu ist der Maßstab Dr. Paul Kirchhof, der den besten Ansatz ausgearbeitet hat. Sein System wäre die Zukunft, aber nicht im Interesse der Politik.

Dennoch sollte es gerade für uns Monarchisten der Weg sein. Ob wir dazu noch unsere eigenen Gedanken einbringen oder nicht, jedenfalls nach diesen Vorstellungen ist auch der richtige Weg zu sehen und zu erkennen.

Aber dazu braucht es die begleitenden Vorstellungen, die das System erst richtig ermöglichen. So, wie zurück zu den Kleinstaaten, weil nur dann auch die Demokratie sinnvoll gelebt werden kann, was nicht heißt, es könnte in der derzeitigen Form nicht auch gehen, aber hier sind die Differenzen, zwischen Realität und Demokratie derart groß, daß es also nicht funktionieren kann. Die Geldverschwendung, wie die diversen Projekte es tagtäglich beweisen, können nur in der Übersichtlichkeit von Kleinstaaten verhindert werden. Zudem kommt, daß die Praxis der Ausschreibungen gegensätzlich sein muß. Das heißt, wenn ein Projekt ausgeschrieben wird, dann müssen diejenigen, die das machen wollen die Garantie mit dem Angebot abgeben, daß sie zum festgelegten Termin und zu dem Preis das machen, was sie im Angebot festgelegt haben. Die öffentliche Hand hat kein Recht eventuelle Teuerungen auszugleichen und mit Steuergeldern nachzuschießen. Und nur bei Kleinstaaten ist auch die Kontrolle möglich, daß unsinnige Projektausschreibungen verhindert werden.

Wenn wir Europa wollen, dann ist es auch sinnvoll und zielführend, daß es Regionalparlamente gibt, die die Probleme in der Region behandeln und auch beschließen, sowie die Finanzverwaltung dafür übernehmen. Der Zentralismus führt nur dazu, daß die Kosten steigen, aber die Effizienz sinkt. Die betrifft besonders die Verkehrsproblematik. Doch auch die Fragen des Umweltschutzes kann nur vor Ort und in der Region so gestaltet werden, daß es Sinn macht und zum Ziel führt. Überhaupt gilt, was vor Ort oder in einer Region richtig und wichtig ist, ist in einer anderen Region, an anderen Orten falsch und unwichtig. Deshalb ist jeder Staat von unten aufzubauen und nicht von oben anzuordnen.

Natürlich trifft dies nicht auf alle Bereiche zu, wie die allgemeingültigen Gesetze, Strafgesetze und dergleichen, sondern auf die Bereiche, bei denen das Geld am meisten verschwendet wird. So kann auch im Bildungsbereich eingespart werden, wenn nur allgemein die Rahmen und Bedingungen festgelegt werden, jedoch wie diese dann unten umgesetzt werden, ist die Angelegenheit derer vor Ort. Grundsätzlich sind die Kompetenzen von unten, von den Ge-

meinden über die nächste Ebene nach oben abzugeben, wenn diese unten nicht wahrgenommen werden können. Aber niemals umgekehrt, als demokratische Almosen von oben nach unten gegeben.

Und so würden wir zu einem System kommen, welches kompatibel ist und dennoch in sich gestaltet werden kann, je nachdem, welche kulturellen Eigenschaften und Wesenszüge in welcher Region vorherrschen. Nebenher wird dadurch auch Europa errichtet, wie es sein soll und nicht künstlich mit dem Ziel eines totalitären Systems. Denn die Größe ist ersten immer gefährlich und zweitens läßt sich, je größer ein Gebilde ist, immer weniger demokratisch ausbilden und ausbauen, also die Demokratie nimmt reziprok zur Größe ab. Die existierenden Beispiele sind China, Rußland und die USA. Welche Länder noch in diesem Sinne dazukommen, daß wird sich bald zeigen.

Erst im Kleinen kann sich zunächst einmal jene Identität bilden, die dann zu den stabilen Grundfesten werden, auf denen dann weitergebaut werden kann. Ohne diese Grundfesten wird es nur der Nährboden für eine katastrophale Entwicklung werden. Solange wir jedoch gegen jedes bessere Wissen und Gewissen es zulassen, daß zwar das Gebilde immer größer wird, anschwillt, ohne daß wir dagegen unsere Modelle halten, geben wir gleichzeitig alle Rechte auf, die wir als demokratische Gepflogenheiten wahrnehmen. Es verhält sich, wie mit dem Krebs im Körper. Solange wir diesen früh genug erkennen, können wir entsprechende Therapien anwenden und den Krebs besiegen. Wenn wir jedoch Nichts tun, dann breitet sich der Krebs immer schneller aus. Da hilft es auch Nichts darauf zu warten, bis die Forschung ein Mittel gefunden hat, weil wir dann nicht mehr existieren. Daher ist es unsere Aufgabe und Pflicht, jetzt die Gegenmittel und Maßnahmen, die wir haben anzuwenden.

Die Systemfehler können wir noch beseitigen und damit die Ursachen für die Fehlentwicklungen entfernen und somit in neue Richtungen gehen. Ohne, daß wir dabei das Ziel verändern und uns selbst die Wege durch Einschränkungen für zukünftige Änderungen zu verbauen, schaffen wir uns ein pulsierendes Gebilde, welches in sich beweglich ist und dennoch derart stabil, daß das Gerüst Demokratie kommenden Angriffen und Stürmen standhält, aber die Gestaltung um das Gerüst Demokratie herum frei und flexibel bleibt. Das sind die Aufga-

ben, die Pflicht und das Ziel der Monarchisten. Der Demokratie die Krone aufzusetzen und damit das Gerüst zusammenzuhalten. So werden dann auch die Zerstörungen innerhalb der Demokratie auf die Krankheitsherde zurückgedrängt.

Vom Gedanken her mag es durchaus den Anschein erwecken, es sei gerecht, wenn alle Personen, die aus den Steuern für ihre Arbeit bezahlt werden auch Steuern bezahlen müssen. Dem Anschein nach stimmt dies sicher. Der Logik nach ist es nur eine dogmatische Dummheit. Das heißt, Steuergelder werden verwendet, damit Personen für die Arbeit bezahlt werden. Soweit, so richtig. Aber dafür dann wieder Steuern zu zahlen, weil damit angeblich die Aufgaben des Staates finanziert werden müssen, welche Dummheit das wohl ist? Es werden dadurch nicht mehr Steuereinnahmen erzielt, sondern Fehlbeträge nur kaschiert. Es hat den Anschein, der Staat würde Geld einnehmen, welches dieser dann wieder für die Gehälter ausgibt. Die Schlange, die sich in den Schwanz beißt und auffrißt.

Der Staat als solcher kann nicht denken. Nimmt man hier die Beträge weg, die an Steuern abgezogen werden, dann bleibt eine Summe übrig, die den Gehaltsempfängern zustehen würde. Denn der Staat braucht nicht den Umweg über Steuererklärungen zu gehen, sondern sollte für die Personen auch die Sozialabgaben direkt in einen Fond oder an die entsprechenden Einrichtungen einzahlen, die für die soziale Sicherung zuständig sind. Ebenso ist das Unwesen mit Zuschlägen abzuschaffen, da in jeder Berufssparte bekannt ist, ob sie gefährlich ist oder schmutzig und so weiter. Daher ist es von zwingender Logik, daß in der Arbeitsplatzbeschreibung dies berücksichtigt wird und daher pauschal die Zuschläge zum Gehalt zu rechnen sind. Somit ergäbe es Netto mehr und auch weniger Ärger mit den Steuererklärungen beim Ausfüllen. Der Effekt wäre daher, daß der Kostenwahrheit sehr nahe gekommen werden kann.

Überhaupt ist die Buchhaltung des Staates, der öffentlichen Hand von den Gemeinden bis hinauf an die Staatsspitze einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen. Vor allem aber die Unternehmen, die dem Staat gehören. Das heißt, wenn es hier zu einer Änderung kommt, dann hat der Staat die gleichen Buchhaltungssysteme zu verwenden, wie die Privatwirtschaft es hat und die ist schließlich verpflichtet ein anerkanntes Buchhaltungssystem zu führen. Der Staat hält sich nicht an die Gesetze, die er erläßt. Zudem würden Einsparungen erfolgen, wenn die

Staatsunternehmen, auch dann, wenn sie privatwirtschaftlich geführt werden, nicht erst die Erträge abgeschöpft werden um dann wieder als Subventionen zurückgeführt werden, sondern in den Unternehmen gelassen und dafür müssen diese Unternehmen die Aufgaben erfüllen, die der Staat vorgegeben hat.